

Themen hätten die Argumentation noch verstärkt. Eine Vervollständigung des Registers durch die Aufnahme aller Orts- und Personennamen hätte bei der Vereinheitlichung ihrer Schreibweise helfen können. Diese kleineren Kritikpunkte sollen jedoch nicht die Tatsache schmälern, dass die Studie einen informativen und anregenden Beitrag sowohl zu den Wechselwirkungen von Rechts- und Herrschaftssystemen als auch zu den in den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen Russlands herrschenden Ordnungsvorstellungen darstellt.

Dmytro Myeshkov, Lüneburg

Benjamin Conrad: Umkämpfte Grenzen, umkämpfte Bevölkerung. Die Entstehung der Staatsgrenzen der Zweiten Polnischen Republik 1918–1923, Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2014, 382 S., 9 Karten.

„Denn eine Grenze hat Tyrannenmacht“ – dieses Zitat aus Friedrich Schillers „Wilhelm Tell“ stellte Alfred Döblin dem Bericht über seine Reise in Polen im Jahr 1924 voran.¹ Damit bezog er sich zunächst positiv auf die Wiedergeburt des polnischen Staates: Mit der Errichtung eines demokratischen Nationalstaats hätten die Polen der Macht der Imperien, die das Land zuvor unter sich aufgeteilt hatten, eine Grenze aufgezeigt. Erst beim zweiten Lesen offenbart sich freilich der Doppelsinn des Zitats: Aus Sicht der in den polnischen Nationalstaat inkorporierten Minoritäten besaß die neu gezogene Staatsgrenze, nun als Subjekt des Satzes verstanden, auch einen repressiven Charakter.

In seiner Mainzer Dissertation zeichnet Benjamin Conrad den Entstehungsprozess der polnischen Staatsgrenzen von 1918 bis 1923 nach. Im Sinne einer „forschenden Synthese“ (S. 291) verfolgt er das Ziel, die zuvor meist einzeln analysierten Grenzziehungsprozesse zu allen Nachbarstaaten der Zweiten Polnischen Republik in ihrem Zusammenhang zu sehen. Sein Hauptinteresse gilt der „Perspektive der wichtigsten Regierungsakteure Polens“ (S. 13): Zu erklären sei, warum sich in der Praxis das von Roman Dmowski und seinem Polnischen Nationalkomitee (*Komitet Narodowy Polski*, KNP) vertretene Inkorporationskonzept, das eine Polonisierung der nichtpolnischen – insbesondere litauischen, belarussischen und ukrainischen – Minderheiten vorsah, gegen föderative Ideen, wie sie Teile des sogenannten Belweder-Lagers um Józef Piłsudski befürworteten, durchgesetzt habe. Als Ziel der Arbeit bestimmt Conrad folglich auch, den Einfluss divergierender Konzepte von Nation auf den Grenzziehungsprozess zu rekonstruieren. „Zentrale Akteure“ will er dabei nicht als bloßen Ersatzbegriff für Geschichte machende „große Männer“ verstanden wissen, jedoch betont er die Exklusivität des handelnden Personenkreises; den von der Grenzziehung Betroffenen seien mit Ausnahme der Volksabstimmungen im deutsch-polnischen Grenzgebiet lediglich „Statistenrollen“ (S. 24) zugefallen. Die Grundlage seiner Untersuchung bilden neben zahlreichen bereits edierten Dokumenten hauptsächlich Quellen aus staatlichen Archiven in Warschau und Moskau.

Nach einem knappen Überblick über die polnischen Teilungsgebiete im „langen 19. Jahrhundert“ beginnt Conrad chronologisch mit der Verhandlung der polnischen Grenzfrage während des Ersten Weltkriegs (S. 49-87). Hier legt er dar, wie das Heft des Handelns in

1 Alfred Döblin: Reise in Polen. Mit einem Nachwort von Marion Brandt, Frankfurt a.M. 2016, S. [7]. Vgl. auch ebenda, S. 356 f.

der polnischen Frage von Russland zunächst auf die Mittelmächte und schließlich auf die Westalliierten übergang: Während die Versuche der beiden Erstgenannten, die polnischen Autonomiebestrebungen für ihre Zwecke zu vereinnahmen, letztlich ihr mangelndes Interesse an polnischer Selbstständigkeit nicht hätten verdecken können, habe sich die westliche Entente – auch infolge der Lobbyaktivitäten polnischer Exilpolitiker – entgegen ihren ursprünglichen Absichten zur Fürsprecherin polnischer Eigenstaatlichkeit entwickelt, freilich ohne sich in der Frage der konkreten territorialen Ausgestaltung eines polnischen Staates bereits definitiv festzulegen. In einem weiteren Kapitel beleuchtet Conrad den Schwebeszustand, in dem sich die nun gegründete Zweite Polnische Republik 1918/19 befand. Er schildert die beginnenden militärischen Auseinandersetzungen mit der kurzlebigen Westukrainischen Volksrepublik um Ostgalizien, jene mit der Tschechoslowakei um das Teschener Schlesien sowie mit Deutschland im Rahmen des Großpolnischen Aufstandes (S. 89-125).

In den darauffolgenden Kapiteln weicht Conrad vom chronologischen Gliederungsprinzip ab und untersucht nacheinander die Genese der West- und Südgrenze im Rahmen der Pariser Friedenskonferenz (S. 127-190), der Ostgrenze im Rahmen des polnisch-sowjetischen Krieges (S. 191-251) sowie der Nordgrenze zu Litauen und Lettland (S. 253-280). Im ersten Fall stellt er fest, dass die polnische Delegation eher Objekt als Subjekt der Pariser Friedensverhandlungen gewesen sei und sich gegen britische und amerikanische Vorstellungen eines Ausgleichs mit dem besiegten Deutschland nicht habe durchsetzen können; so musste sie den Status Danzigs als Freie Stadt außerhalb des neuen polnischen Staates sowie Volksabstimmungen in Oberschlesien und den Abstimmungsgebieten Allenstein und Marienwerder hinnehmen. Dass die deutsche Seite bei den Plebisziten, insbesondere in den beiden letztgenannten Gebieten, im Vorteil war, erklärt Conrad neben der Einberufung polnischer Abstimmungsberechtigter zum polnisch-sowjetischen Krieg auch damit, dass konfessionelle Bindungen für die nationale Selbstidentifikation in vielen Fällen stärker gewirkt hätten als sprachliche (S. 161 f., 173). Auch die diplomatische Regelung der Teschener Frage habe primär den tschechoslowakischen Vorstellungen entsprochen (S. 188).

Das zunehmend offensive Vorgehen der polnischen Führung im Osten erscheint vor diesem Hintergrund auch als Folge einer Enttäuschung über die Positionierung der Westalliierten in Paris. Als Gründe für die Erfolglosigkeit der Versuche, nach der definitiven Zerschlagung der Westukrainischen Volksrepublik mit rumänischer Hilfe im Juli 1919 eine diplomatische Regelung der polnischen Ostgrenze zu erzielen, führt Conrad den geringen Rückhalt föderativer Ideen bei potentiellen Partnern Polens – insbesondere bei Litauern und Belarussen (S. 210 f.) – sowie das Misstrauen der polnischen Führung gegenüber der Friedensbereitschaft der Bolschewiki (S. 229) an. Von der Föderationsidee des Belweder-Lagers sei lediglich die Idee eines ukrainischen Pufferstaats übrig geblieben, dessen Errichtung das zentrale Ziel des nunmehrigen Staatsoberhauptes Piłsudski im Krieg gegen Sowjetrußland gewesen sei. Nach einer konzisen Darstellung des Kriegsverlaufs erklärt Conrad das Fallenlassen dieser Idee seitens der polnischen Führung, die infolge der Friedensverhandlungen von Riga im Austausch gegen territoriale Zugeständnisse der Sowjets die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik (USSR) offiziell anerkannte, als Ausdruck polnischer „Staatsräson“ (S. 249). Während die Zugehörigkeit Ostgaliziens zu Polen damit besiegelt war, ließ der Friede von Riga die staatliche Zuordnung Wilnas (poln. Wilno, lit. Vilnius) jedoch offen. In einem

weiteren Kapitel analysiert Conrad daher die Genese der polnischen Nordgrenze und bewertet hier die polnische Eingliederung des Wilnaer Gebiets mit militärischen Mitteln klar als Annexion, verweist allerdings auch darauf, dass die sowjetische wie postsowjetische litauische Historiografie die ethnischen Verhältnisse im fraglichen Gebiet in ihrer Bewertung des polnischen „Imperialismus“ nicht angemessen problematisiere (S. 274).

Insgesamt kann es als großer Vorzug der Arbeit gelten, dass eine Gesamtbetrachtung des polnischen Grenzziehungsprozesses eine Distanzierung von tradierten nationalen Deutungsmustern erlaubt, wie sie Untersuchungen aus bilateraler Perspektive häufig kennzeichnen. Gestützt auf eine umfassende Rezeption der relevanten Forschung – die Bibliografie verzeichnet Titel in nicht weniger als 13 Sprachen (Polnisch, Deutsch, Tschechisch, Slowakisch, Rumänisch, Ukrainisch, Belarussisch, Russisch, Lettisch, Litauisch sowie Englisch, Französisch und Italienisch) – gelingt es Conrad vielfach, Einseitigkeiten in den beteiligten nationalen Historiografien zu korrigieren.

Die forschungspragmatisch nachvollziehbare Beschränkung auf „zentrale Akteure“ führt freilich, wie Conrad selbst in seinem Fazit einräumt, zu perspektivischen Verengungen. Dies gilt insbesondere für die Ausblendung der Frage, wie die Entstehung der polnischen Staatsgrenzen zeitgenössisch in der massenmedialen Öffentlichkeit verhandelt wurde. Dass in der jüngeren historischen Erforschung internationaler Politik die Reflexion über die Rolle von Massenmedien als *Movens* wie auch als Instrument außenpolitischen Handelns zu einem erweiterten Akteursbegriff geführt hat,² findet hier keine Berücksichtigung. Dabei liegt die Relevanz öffentlicher Kommunikation nicht nur im Fall der Volksabstimmungen im deutsch-polnischen Grenzgebiet auf der Hand; auch wenn der mangelnde Rückhalt der Föderationsidee bei den östlichen Nachbarvölkern Polens als ein Grund für deren Scheitern angeführt wird, wäre es aufschlussreich gewesen, mehr über die Verhandlung föderativer Ideen in den zeitgenössischen Öffentlichkeiten zu erfahren.

Unabhängig von diesem Einwand ist festzuhalten, dass Benjamin Conrad eine fundierte und gut lesbare Studie vorgelegt hat, auf die jeder an der Geschichte der Zweiten Polnischen Republik Interessierte dankbar zurückgreifen wird.

Kai Johann Willms, München

2 Vgl. etwa Frank Bösch, Peter Hoeres: Im Bann der Öffentlichkeit? Der Wandel der Außenpolitik im Medienzeitalter, in: Dies. (Hrsg.): Außenpolitik im Medienzeitalter. Vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Göttingen 2013, S. 7-35.

Ekaterina Makhotina: Erinnerungen an den Krieg – Krieg der Erinnerungen. Litauen und der Zweite Weltkrieg, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2017, 478 S.

Mit ihrer Veröffentlichung „Erinnerungen an den Krieg – Krieg der Erinnerungen. Litauen und der Zweite Weltkrieg“ leistet Ekaterina Makhotina einen umfassenden Beitrag im Bereich der Erinnerungsforschung. Erst in jüngerer Vergangenheit unabhängig gewordene Länder wie Litauen, das während des Zweiten Weltkrieges zunächst eine sowjetische, dann eine deutsche Besatzung und schließlich die Inkludierung in die Sowjetunion erfuhr, stellen interessante Forschungsbasen dar. Öffentliche Räume, Museen und Erinnerungspraktiken sowie die damit verbundenen unterschiedlichen Akteure, deren Motivationen und Intentionen